

Saarlandes (182–213). Zunächst 1945/46 Anhänger der einfachen Annexion durch Frankreich, vertrat er dann eine politische Autonomie im Rahmen eines vereinten Europa und plädierte auch kirchlich für ein eigenes Saarbistum. Sein Tod 1954 ersparte ihm die große Enttäuschung durch die definitive Ablehnung dieses Projekts durch die Mehrheit der Saarländer 1955. In einen Konflikt mit der römischen Ordensleitung geriet er, wie aus dem Pariser Provinzarchiv hervorgeht, 1950 durch sein Buch über Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen (276f.). Wiewohl Lorson selbst kein radikaler Pazifist war (so setzte er sich für die dann am französischen Widerstand gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft ein: 234f.), weckte sein Primat des persönlichen Gewissens Bedenken seitens des Generalobern Janssens.

Lorson gehört, bei allen Brüchen und eigenen „Zurechtbiegungen“ seiner Biographie, sicher zu den geistig bedeutenden Pionieren der deutsch-französischen Versöhnung und darüber hinaus der Friedensidee. Seine persönlichen Grenzen werden im Nachruf seines Mitbruders Minéry (274f.) und in der (schärferen) Kritik seines Mitbruders Bernard (277) nicht verschwiegen: seine persönlich etwas distanziert-schüchterne Art, die es ihm verwehrt, die persönlichen Kontakte auszunutzen, die sich ihm boten, vor allem jedoch seine politische Naivität und sein mangelnder Bodenkontakt zu den konkreten politischen Sachfragen, was sich ja vor allem in der Fehleinschätzung des Saarlandes und des politischen Willens seiner Bewohner zeigen sollte.

Es ist eine gelungene Darstellung, deren Verdienst vor allem darin besteht, dass sie einen Pater vorstellt, der selbst deutschen Jesuiten (auch dem Rez.) bisher praktisch unbekannt war. Für manche ordensinterne Einrichtungen, die aus dem Französischen übersetzt sind, wäre es freilich angebracht gewesen, sich nach den deutschen SJ-Termini zu erkundigen: so, wenn von dem „dritten Noviziatsjahr“ (frz. „troisième an“) die Rede ist (89f.; im Dt. „Terziat“) oder von der „Großen Klausur“ (wohl „grande retraite“) für die 30-tägigen Exerzitien (51).

KL. SCHATZ S. J.

BERTEN, IGNACE [U. A.], *Regards éthiques sur l'Union Européenne* (Philosophie & Politique; No. 21). Bruxelles [u. a.]: Peter Lang 2011. 251 S., ISBN 978-90-5201-737-2.

Die sechs Autoren sind Mitglieder des „Forum permanent de la société civile européenne“ und stammen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Belgien, Großbritannien und der Schweiz. Dieses „Forum“ verfolgt vor allem das Ziel, dass die Bürger und die politischen Gemeinschaften in einen höheren Grad der politischen Mitbestimmung gelangen. Es leugnet weder die kulturellen und philosophischen Verschiedenheiten Europas noch tritt es für deren Abschwächung ein. Es will jedoch, dass sich das europäische Volk, welches sich gerade in und mit dieser Verschiedenheit der Strömungen zu einer sozialhistorisch verträglichen Einheit zu formen begann, welches sein gemeinsames Bewusstsein zu prägen versuchte und aus ihnen in Freiheit zu leben vermag, immer stärker bilden möge. – Auf Vorwort sowie Einleitung folgen sechs Kap.; sämtliche sind auf Französisch von je einem der sechs für Europa höchst engagierten Autoren in unterschiedlicher Dichte verfasst, stärker philosophisch mitgeprägt oder die Ergebnisse der Politik in klarer Härte wiedergebend. Zusätze, die zwei Briefe an höchste politische Vertreter enthalten, schließen das Buch ab.

Die Autoren nehmen bereits in *Vorwort* und *Einleitung* (13–22) Stellung zur europäischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts und fragen, ob die „Union européenne“ oder „EU“ weiterhin ihren ethischen Charakter bewahren will und nach ihrer sittlich guten Form zu suchen bereit ist. In diesem Jahrzehnt trete nämlich zunehmend der Wille der europäischen Staaten auf, als Souveränitäten wechselseitig behandelt zu werden. Sie lassen es neuerdings immer weniger zu, sich in ihrem Innern wie im gegenseitigen Staatenverkehr dem europäischen Volk – sei es eben einem Teil, wie ihn das eigene Volk einnimmt, sei es dem gesamten Volk Europas – verpflichtet zu wissen und für es zu handeln. Die vom europäischen Volk bejahten Entwicklungen der einzelnen Staatsvölker hin zum einen europäischen Volk, der „société civile européenne“, werden von den Staaten eher gebremst. Dabei ist der souveräne Staat durch die Konflikte des 20. Jhdts. – offen gesagt – „überholt“. Zwar ergibt der Blick auf die europäische Politik, sowohl der einzelnen Staaten wie der EU selbst, dass sie keine militärisch aggressive Politik verfolgen,

dass aber wohl leider im sozialen Bereich mit Arbeitslosigkeit, Verstärkung der Ungleichheit, Ausbeutung und Entfremdung etc. alles andere als eine „gute Gesellschaft“ (21) hergestellt wird (s. bes. F. Turner). Über den Weg zu ihr beabsichtigen nun die folgenden Artikel zu handeln.

Im ersten Kap. (23–42) stellt *Peter Knauer* in dichter Weise eine Ethik vor, welche vom Prinzip der Proportionalität ausgeht. Kurz fasse ich sie zusammen: Die Wahl der Ziele ist meist für uns, und eben auch in Europa eher problemlos; problematisch ist meist die Wahl der Mittel. Die Mittel selbst dürfen keine sittlich schlechten sein; auch hier herrscht Einigkeit. Problematisch hingegen sind die Wahl der übrigen Mittel, ihr Gebrauch und die Anknüpfung an sie. Sittlich gesehen (s. bes. Ph. D. Grosjean) muss jedes Mittel einen höheren, und länger andauernden Nutzen erbringen, als es unvermeidbaren Schaden zufügt. Dieses Verhältnis bzw. die Proportion ist jeweils zu prüfen. Knauer kommt dabei auf den Art. 5 § 4 des „Vertrages der Europäischen Union“ zu sprechen, auch „Vertrag von Lissabon“ genannt. Ihm zufolge dürfen Inhalt und Form einer Handlung der Union nicht das „Prinzip der Proportionalität“ verletzen, und nur, wer es beachtet, leistet, was zum Erreichen des Zieles des Vertrages unabdingbar ist. Das Protokoll nennt außerdem noch das „Prinzip der Subsidiarität“ (25). Knauer weist auch auf eine nie zu leugnende Grauzone hin, wenn Menschen zu Entscheidungen finden wollen, so dass sich nicht umgehend das sichere Handeln feststellen lässt (31). Dass es leider außer diesem Vertrag eine Reihe anderer Verträge gibt, die den Leichtsinn und den Erwerbssinn auf europäischer Ebene stärken, bestätigt Knauer; ihm folgen die fünf Autoren darin. Ohne vorausgehende, genaue oder gewissenhaft begleitende Überlegungen ergreife man Maßnahmen, von denen man hätte wissen können, dass sie z. B. zu Verarmungen und Verelendungen von Teilen der Bevölkerung führen (31; ausgiebig geht F. Turner auf diese Folgeschäden ein).

*Daniel Spoel* bespricht im 2. Kap. (43–113) unter dem Titel „Wirtschaft und Finanzen“ ein problematisches europäisches Verhältnis. Auch er rückt vorrangig das „Prinzip der Proportionalität“ (46f.) an die Spitze der Beurteilungen. Nur dessen Anwendung ermöglicht es, das „Gute“ für die nächsten Generationen festzustellen. Die Abwägung muss das mögliche Unrecht in den Blick nehmen, welches den kommenden Generationen und dem Planeten für seine Zukunft droht (47). Doch geht es Spoel maßgeblich um eine „Spiritualität“ (46): Die Wirtschaft ist durch die Politik zu kontrollieren, die Politik aber durch Politiker, die durch eine geistliche Einstellung zu neuen und heilbringenden Ideen für Europa fähig werden (44). Völlig unerlaubt, so Spoel, sind die in Europa oft geschehende Laizierung der Gesellschaft, eine Hyperverwissenschaftlichung der Wissenschaften und Technik sowie eben grundsätzlich die Haltung, welche der Zukunft unbedacht entgegengeht und mögliche Schäden und mögliches Unrecht unbedenklich entgegennimmt (47). Spoel verweist auf Aristoteles, Hobbes, Tocqueville, Kant, Darwin, G. Simmel und A. Sen.

*Ignace Berten* untersucht von Pascal ausgehend das politische Ringen Europas um „Frieden, Sicherheit und Verteidigung“ (115–142). Erst am Schluss seines Beitrags (141f.) erwähnt Berten ausdrücklich, dass es an einem von der gesamten EU getragenen Verteidigungsprojekt sowie an einer demokratisch legitimierten Instanz mangle, welche Pläne, einschließlich der militärischen Aufgaben, der EU-Außen- und Verteidigungspolitik vorlege (142). Hauptfrage Bertens ist dabei, welche Rolle der militärischen Kraft der europäischen Staaten beim ununterbrochenen Einsatz für die eigene Sicherheit selbst (116, 127ff.) sowie für den Frieden Europas und die Welt zufällt. Als zu verteidigende Ziele gelten: die soziale, rechtsstaatliche Demokratie sowie die Menschenrechte (140); die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten, ihre Integrität und Rechtsstaatlichkeit; außerdem sind internationale Konflikte zu verhindern und für die weltweite Sicherheit zu sorgen. Immer wieder ist die Zusammenarbeit mit der NATO zu prüfen (135f.). Die militärische Macht ist und muss Werkzeug der Außenpolitik bleiben (139f.). Am Rande bespricht Berten kurz die Politik, welche zum Ziel hat, die EU auszuweiten – um welche Staaten? Berten erwähnt (131): Kroatien, Serbien, Mazedonien, die Ukraine, Weißrussland, Moldavien, Armenien und einige Staaten mehr. Hoch interessant! Vertiefend wirken besonders Zitate aus B. Pascals (117) und G. GUSDORFS WERKEN (119). Bertens Vorschlag lautet: eine von allen Bürgern getragene Instanz zu schaf-

fen, die Pläne zur Außen- und Verteidigungspolitik demokratisch erarbeitet; ebenso können „Agoras“ der Bürger der Innen- und Außenpolitik nicht schaden (142).

*Frank Turner* hat sich der Umweltpolitik gewidmet (143–159). Sein Beitrag ist hervorragend klar geschrieben und erarbeitet ein überzeugendes Hilfsangebot, um die Politik im Umweltbereich menschengerecht auszurichten. Wer ist der Mensch? Welches sind Pflichten und Rechte der politischen Gemeinschaft ihm gegenüber, welches sind aber Rechte und Pflichten der politischen Gemeinschaft gegenüber den übrigen Staaten? Wiederum ist es auch für Turner zentral, die Proportionalität der angestrebten Mittel, der Güter, gegenüber den Zielen Europas zu bestimmen. Was ist das anstrebende wirtschaftliche, technische Niveau der Gemeinschaften? Häufig erörtert Turner, ob bestimmte Politiken nicht radikal verboten gehörten. Er diskutiert intensiv den Umgang mit Klima, Wasser, Öl, Boden, Fischen, Pflanzen etc., d. h. eben den radikalen Verbrauch, Missbrauch oder die Schädigung der Natur – im weitesten Sinne verstanden. Er empfiehlt eine bestimmte Geopolitik, die auf Erhaltung, Schonung und Recyclage Wert legt.

*Gabriel Fragnière* untersucht das europäische Bürgerrecht und die Demokratie mit umfassender Teilhabe aller Bewohner (161–182). Um das Bürgerrecht wirklich zu erfassen, wird die ethische Verpflichtetheit der Demokratie zu bedenken sein (168), also die Identität des Menschen mit Bürgertum und Demokratie (168, 173) sowie die „Nationalität“ (170). Fragnière entwickelt schöpferisch zum Schluss eine sittlich verfasste europäische Bürgerschaft (175); ihr zufolge hat die Demokratie, der man als Bürger angehört, eine übernationale zu sein (179), und statt letztlich bloß dem einen Nationalstaat anzugehören, sollte man sich als Mitglied einer „Cité européenne“ fühlen und verhalten.

*Philippe D. Grosjean* spricht ausführlich über „Solidarität“ (183–229). Von Teilhard de Chardin ausgehend baut sich der Artikel mit einer ausgiebigen Begriffsbestimmung von Solidarität auf, spürt der geringen Rolle nach, welche diesem Prinzip im europäischen Vertragswerk ausdrücklich und präzise zuerteilt wurde (189–201) und merkt an, dass es aktuell den europäischen Staaten darauf ankomme, einen solchen Prozess der Solidarität möglichst abzuschwächen (201). Grosjean greift auf das von den europäischen Staaten seit der Gründung gewählte Prinzip der „Mutualisation“ (203 ff.) zurück, welches inhaltlich genau das Prinzip der Proportionalität enthält, und fordert von diesem ausgehend eine Neufassung der europäischen Politik; dadurch werde diese Politik eben auch eine gemeinsam getragene europäische und somit ebenfalls solidarische werden: „Mutualiser la souveraineté d'un État c'est exercer le pouvoir suprême en solidarité avec d'autres États.“ (203). Grosjean reflektiert auch über die Suche nach „Einstimmigkeit“ (215) sowie über Subsidiarität (216).

In den „Conclusions“ (225–238) findet der Leser sämtliche sechs Beiträge in anregender Weise mit ihren grundsätzlichen Einstellungen und Vorschlägen noch einmal knapp zusammengefasst. Die Beiträge sind unterschiedlich dicht und fordernd, wie auch meist die Kap. eines Beitrags selbst. Es ist zu hoffen, dass dieses Werk seine aufmerksamen und politisch einflussreichen Leser findet, vor allem Politiker. N. BRIESKORN S. J.